

Quereilen ums Spital Linth

Uznach ist einer der Spitalstandorte im Kanton St.Gallen, der mit der «4plus5»-Strategie der St.Galler Regierung «gesetzt» ist. Nun tauchen aber Fragen rund um das Spital im Linthgebiet auf.

Gestern im Kantonsrat:

Der St.Galler Kantonsrat hat gestern, am zweiten Tag der Novembersession:

- das Budget 2020 gutgeheissen, welches eine generelle Lohnerhöhung für das Staatspersonal vorsieht. Der Kantonssteuereffuss bleibt unverändert bei 115 Prozent;
- in der Budgetberatung die Kulturförderbeiträge um 480 000 Franken aufgestockt. Damit wurde ein umstrittener, bis 2023 vorgesehener Kultur-Plafonds durchbrochen;
- in zweiter Lesung einen Sonderkredit von zehn Millionen Franken für die Förderung des Ersatzes von fossilen Heizungen für die Jahre 2020 bis 2023 behandelt;
- einen Nachtrag zum Beschluss über den Beitritt St.Gallens zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) gutgeheissen;
- die Motion «Aufgabe und Rolle des Staatssekretärs klären» der Fraktionen von SVP, CVP-GLP, FDP und SP-Grünen mit 104:0 Stimmen gutgeheissen;
- die Motion «Klimafonds» von SP und Grünen für die Bildung eines 100-Millionen-Fonds für Klimaschutzmassnahmen mit 85:28 Stimmen abgelehnt;
- die Motion der SVP «Unvollständige Lohnausweise, Entfernungszuschlag und Steuernachforderungen für Mitglieder des St.Galler Kantonsrats» mit 73:37 Stimmen abgelehnt;
- das Postulat der FDP «Vision SG 2030: vom Nehmer- zum Geberkanton» mit geändertem Wortlaut gemäss Antrag der Regierung mit 77:23 Stimmen gutgeheissen;
- die Interpellation «Brückenmaut Diepoldsau für den Transitverkehr bis zur Realisierung des Autobahnzusammenschlusses A13/A14 südlich von Diepoldsau» mit 78:34 Stimmen für nicht dringlich erklärt;
- weitere Interpellationen und Postulate behandelt. (sda)

Diepoldsau erhält keine Brückenmaut

St.Gallen.– Mit einer Brückenmaut bei Diepoldsau im St.Galler Rheintal für den Transitverkehr soll die Schweiz auf die Aufhebung der Maut in Vorarlberg auf der A14 bei Hörbranz und Hohenems reagieren. Der St.Galler Kantonsrat hält das Vorhaben allerdings nicht für dringlich. Der Rat sprach sich gestern mit 78:34 Stimmen gegen die Dringlichkeit der Interpellation «Brückenmaut Diepoldsau für den Transitverkehr bis zur Realisierung des Autobahnzusammenschlusses A13/A14 südlich von Diepoldsau» aus.

Wenn Österreich wie geplant am 19. Dezember die Maut auf der Autobahn A14 zwischen Hörbranz und Hohenems aufhebe, drohe Diepoldsau ein Verkehrsinfarkt, sagten Vertreter der SVP und der betroffenen Rheintaler Gemeinden. Die Aufhebung der Maut steht im Zusammenhang mit dem geplanten Zusammenschluss der A13 und der A14 im Rheintal.

Die Regierung und eine Mehrheit des Rats lehnten die Dringlichkeit einer Maut in Diepoldsau ab. Baudirektor Marc Mächler (FDP) erklärte, die Aufhebung der Maut in Vorarlberg sei eine vorübergehende Massnahme. Zudem gebe es Eingaben von verschiedenen Vorarlberger Gemeinden in Wien. Die Schweiz solle sich nicht einmischen. (sda)

von Hans Bärtsch

Kein Kantonsratstag ohne St.Galler Spitäler, obwohl das Thema während der ganzen Novembersession offiziell nicht traktandiert ist. Thomas Warzinek (CVP, Mels) ist Mitunterzeichner einer gestern eingereichten Interpellation mit dem besorgniserregenden Titel «Quereilen beim Spital Linth: Ist die Spitalstrategie der Regierung bereits vor der Umsetzung gefährdet?»

Auslöser des Vorstosses sind Medienberichte, wonach das gesamte vierköpfige Orthopädie-Team des Spitals Linth in Uznach gekündigt hat und an die private Rosenklinik in Rapperswil wechselt. In diesem Zusammenhang stehe nun «angeblich» zur Diskussion, dass es zu einer Zentralisierung der Leistungen am Kantons Spital St.Gallen kommen soll. Weiter wird gemäss den Interpellanten gemutmasst, «dass das ganze Geschehen im Kontext zur umstrittenen St.Galler Spitalstrategie steht». Alarmierend sei zudem, «dass es bereits zuvor zu gewichtigen personellen Schwierigkeiten am Spital Linth gekommen sei». Gleichzeitig sei es offenbar mit den Finanzen beim Spital Linth «nicht so gut bestellt,



Wie steht es um die Fluktuation und gewichtige Abgänge beim Spital Linth? Mithilfe einer eingereichten Interpellation wollen einige Kantonsräte Antworten. Bild Markus Timo Rüegg

wie dies noch vor Kurzem der Fall war».

Spital als Hockey-Sponsor?

Nebenbei stellen sich für die Interpellanten Fragen bezüglich des Engagements des Spitals Linth als Sponsor

des Eishockeyclubs SC Rapperswil-Jona Lakers. «Sollen die öffentlichen Spitäler ein solches Sponsoring übernehmen, gerade auch vor dem Hintergrund der finanziellen Schieflage der Spitäler und geplanter Spitalschliessungen?», schreiben Warzinek und Co.

Bis im Dezember läuft die Vernehmlassungsfrist zur Spitalstrategie. In diesem Kontext sei es wichtig, «dass Klarheit herrscht bezüglich der Ausgangslage beim Spital Linth. Wenn nicht die ganze Wahrheit auf den Tisch kommt, besteht die Gefahr, dass wir in fünf Jahren wieder am selben Ort stehen».

Die Interpellanten bitten die Regierung um die Beantwortung eines ganzen Strausses an Fragen. Wie sich die Regierung zu den gewichtigen Abgängen beim Spital Linth in Uznach stelle und worauf diese zurückzuführen seien, heisst es etwa. Wie hoch die Fluktuation beim Spital Linth insgesamt sei und ob es dieses Jahr zu vermehrten Abgängen gekommen sei. Wie die Orthopädieklinik in Uznach künftig organisiert werde und ob es tatsächlich Absichten gebe für eine Zentralisierung in St.Gallen.

Aus Sarganserländer Sicht eine wichtige Frage ist jene, die sich nach Kooperationsmöglichkeiten mit dem Spital Walenstadt erkundigt, «wo eine intakte Orthopädie bestens funktioniert und wegen der Tourismusgebiete auch dringend weiterhin benötigt wird». Insgesamt interessiert die Interpellanten, was das Geschehen ums Spital Linth für die Spitalstrategie im Kanton bedeute.

Zoller antwortet mit Ironie

Kantonsrat Erich Zoller hat die Antwort der Regierung auf die Lehrstellen-Interpellation von drei Sarganserländer CVP-Kantonsräten gestern im Rat mit Ironie beantwortet.

St.Gallen.– «So verstanden sind wir mit der Antwort der Regierung hochzufrieden.» Mit diesem ironisch gemeinten Satz hat CVP-Kantonsrat Erich Zoller (Quarten) gestern im Kantonsrat sein Votum zur Antwort der Regierung zu der von Stefan Kohler (CVP, Sargans), Thomas Warzinek (CVP, Mels) und ihm selbst eingereichten Interpellation zum Mangel an Lehrstellen des Kantons im Sarganserland beantwortet.

«Der Wille fehlt»

Die Antwort der Regierung war Anfangs Monat veröffentlicht worden

(Ausgabe vom 12. November). Gestern folgte deren offizielle Behandlung im Kantonsrat. Dort hat Zoller im Namen aller Interpellanten Klartext gesprochen: «Es überrascht uns nicht, dass die Lehrstellen des Kantons vor allem dort angeboten werden, wo die Erfüllung der Staatsaufgaben heute im Wesentlichen erfolgt.» Sie erfolge leider sicher nicht dezentral, aber auch nicht zentral, wie die Regierung wohl meine, sondern in einer Hauptstadt, die geografisch nicht der Nabel des Kantons sei. «Ebenso wenig überraschend, aber umso ärgerlicher, ist jedoch, dass die

Regierung bisher nicht den geringsten Willen gezeigt hat, Lösungen zu finden, wie in einem so ausgeprägt dezentralen Kanton die Staatsaufgaben wenigstens einen Hauch dezentraler erfüllt werden könnten», sagte Zoller.

Provokation oder Einsicht?

«Hoffnung gibt die Antwort der Regierung nun aber aus Sicht des Sarganserlandes, wenn sie nämlich festhält, die Beschäftigungseffekte würden sich unter anderem in den Bereichen Spitäler und Berufsschulen zeigen. Ist das nun eine Provokation oder Einsicht in

letzter Minute?», fragte Zoller. «Weil wir nicht glauben können, dass die Regierung die grösste Region im Kanton provozieren will, muss es Einsicht sein. Die Regierung will uns wohl etwas verschämt mitteilen, dass sie gescheitert geworden ist und sich nun mit Hochdruck für den Erhalt des stationären Angebots im Spital Walenstadt und für eine rasche Realisierung eines Campus für Berufs- und Mittelschule in Sargans einsetzen will», hielt Zoller fest. Und, er schloss, wie erwähnt mit dem Satz: «So verstanden sind wir mit der Antwort der Regierung hochzufrieden.» (da)

Giger Architekten, Murg: Firmenausflug in die Pfalz



Die Kantonsratssessionen sind beste Gelegenheiten, hautnah Einblick in die «hohe Politik» des Kantons St.Gallen zu nehmen. Diese Gelegenheit nahm gestern die Giger Architekten AG aus Murg wahr. Ganz zufällig war der Firmenausflug nicht angesetzt, steht doch jetzt offiziell fest, dass Firmeninhaber Rainer Giger (Dritter von links) für die FDP Sarganserland als Kantonsratskandidat antritt. In Empfang genommen wurde die dreiköpfige Firmendelegation von den FDP-Kantonsräten Beat Tinner (Wartau; ganz links), Daniel Bühler (Bad Ragaz; Zweiter von rechts) und Jens Jäger (Vilters-Wangs; ganz rechts). Als Zweiter und Vierte von links die Giger-Architekten-Mitarbeiter Nils Tanner und Simone Litscher. (Text und Bild Hans Bärtsch)

5,5 Millionen aus dem Lotteriefonds

St.Gallen.– Der Kanton St.Gallen unterstützt Kulturveranstaltungen, soziale Institutionen und Projekte aus Bildung und Gesundheit mit rund 5,5 Millionen Franken. Der Kantonsrat hiess die insgesamt 71 Beiträge gestern diskussionslos gut.

Gegenüber der Botschaft der Regierung nahm der Rat einen Betrag von 20 000 Franken an die Frauenzentrale St.Gallen zusätzlich auf. Dieses Geld ist bestimmt für die unentgeltliche Schulden-Kurzberatung.

Beitrag für die Region

Ins Sarganserland fliessen insgesamt 75 800 Franken. Unterstützt werden damit zwei Projekte in Bad Ragaz: die Sanierung des evangelisch-reformierten Pfarrhauses und der Villa Luisa an der Bernhard-Simonstrasse; beide sind seit 2017 als Kulturobjekte von kantonaler Bedeutung ausgeschieden («Sarganserländer» vom 4. November). (sda/hb)